

Internationales Übereinkommen von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See

Abgeschlossen in London am 1. November 1974
Von der Bundesversammlung genehmigt am 9. Juni 1981¹
Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 1. Oktober 1981
In Kraft getreten für die Schweiz am 1. Januar 1982
(Stand am 20. März 2019)

Die Vertragsregierungen

In dem Wunsch, im gegenseitigen Einvernehmen einheitliche Grundsätze und entsprechende Vorschriften zum Schutz des menschlichen Lebens auf See aufzustellen, In der Erwägung, dass dieses Ziel am besten durch den Abschluss eines Übereinkommens erreicht werden kann, das an die Stelle des Internationalen Übereinkommens von 1960 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See² treten soll, wobei die seit Abschluss jenes Übereinkommens eingetretenen Entwicklungen berücksichtigt werden,

sind wie folgt übereingekommen:

Art. I Allgemeine Verpflichtungen aufgrund des Übereinkommens

- a) Die Vertragsregierungen verpflichten sich, diesem Übereinkommen und seinem Anhang³, der Bestandteil des Übereinkommens ist, Wirksamkeit zu verleihen. Jeder Verweis auf das Übereinkommen ist gleichzeitig ein Verweis auf den Anhang.
- b) Die Vertragsregierungen verpflichten sich, alle Gesetze, Verordnungen, Ausführungsbestimmungen und sonstigen Vorschriften zu erlassen und alle sonstigen Massnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um diesem Übereinkommen volle Wirksamkeit zu verleihen und dadurch zu gewährleisten, dass sich ein Schiff im Hinblick auf den Schutz des menschlichen Lebens für seinen Verwendungszweck eignet.

Art. II Anwendungsbereich

Dieses Übereinkommen gilt für Schiffe, die berechtigt sind, die Flagge eines Staates zu führen, dessen Regierung Vertragsregierung ist.

¹ AS 1982 127

² SR 0.747.363.32

³ Der Text dieses Anhangs und seiner Änderungen wird in der AS nicht veröffentlicht (AS 1984 256, 1985 1606, 1987 1050, 1990 595 596, 1993 2513, 1997 464). Er kann beim BBL, Verkauf Bundespublikationen, 3003 Bern, bezogen werden.

Art. III Gesetze und sonstige Vorschriften

Jede Vertragsregierung verpflichtet sich, dem Generalsekretär der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschifffahrts-Organisation (im folgenden als «Organisation» bezeichnet) folgendes zu übermitteln und bei ihm zu hinterlegen:

- a) eine Liste der nichtstaatlichen Stellen, die befugt sind im Namen der Vertragsregierung Massnahmen zum Schutz des menschlichen Lebens auf See zu treffen; diese Liste ist zur Weitergabe an die Vertragsregierungen zur Unterrichtung ihrer Bediensteten bestimmt;
- b) den Wortlaut der Gesetze, Verordnungen, Ausführungsbestimmungen und sonstigen Vorschriften, die auf den verschiedenen durch dieses Übereinkommen betroffenen Gebieten erlassen worden sind;
- c) eine ausreichende Anzahl von Mustern der nach den Bestimmungen dieses Übereinkommens von der Vertragsregierung ausgestellten Zeugnisse; diese Muster sind zur Weitergabe an die Vertragsregierungen zur Unterrichtung ihrer Bediensteten bestimmt.

Art. IV Fälle höherer Gewalt

- a) Ein Schiff, das bei Antritt einer Fahrt nicht den Bestimmungen dieses Übereinkommens unterliegt, ist ihnen auch dann nicht zu unterstellen, wenn es wegen Schlechtwetters oder sonstiger höherer Gewalt vom vorgesehenen Weg abweicht.
- b) Personen, die sich wegen höherer Gewalt oder an Bord befinden, weil der Kapitän verpflichtet ist, Schiffbrüchige oder andere Personen aufzunehmen, bleiben bei der Feststellung, ob eine Bestimmung dieses Übereinkommens auf ein Schiff anzuwenden ist, ausser Betracht.

Art. V Beförderung von Personen in Notfällen

- a) Um die Evakuierung von Personen zu sichern, die aus einer Lebensgefahr gerettet werden sollen, kann eine Vertragsregierung die Beförderung einer grösseren Anzahl von Personen auf ihren Schiffen gestatten, als sonst nach diesem Übereinkommen zulässig ist.
- b) Eine solche Erlaubnis entzieht den anderen Vertragsregierungen kein Kontrollrecht, das ihnen nach diesem Übereinkommen für Schiffe zusteht, die ihre Häfen anlaufen.
- c) Hat eine Vertragsregierung eine solche Erlaubnis erteilt, so teilt sie dies dem Generalsekretär der Organisation mit und fügt einen Bericht über den Sachverhalt bei.

Art. VI Frühere Verträge und Übereinkommen

- a) Das am 17. Juni 1960 in London unterzeichnete Internationale Übereinkommen zum Schutz des menschlichen Lebens auf See wird durch dieses Übereinkommen zwischen den Vertragsregierungen abgelöst und aufgehoben.

b) Alle anderen Verträge, Übereinkommen und Vereinbarungen über den Schutz des menschlichen Lebens auf See oder damit zusammenhängende Fragen, die gegenwärtig zwischen den Vertragsregierungen des vorliegenden Übereinkommens in Kraft sind, bleiben während ihrer jeweiligen Geltungsdauer unbeschränkt wirksam für

- i) Schiffe, auf die dieses Übereinkommen nicht anwendbar ist;
- ii) Schiffe, auf die dieses Übereinkommen anwendbar ist, soweit es sich um Angelegenheiten handelt, die nicht ausdrücklich in diesem Übereinkommen geregelt sind.

c) Soweit jedoch solche Verträge, Übereinkommen oder Vereinbarungen zu den Vorschriften dieses Übereinkommens im Widerspruch stehen, sind die letzteren massgebend.

d) Alle Angelegenheiten, die in diesem Übereinkommen nicht ausdrücklich geregelt sind, bleiben der Gesetzgebung der Vertragsregierungen vorbehalten.

Art. VII Vereinbarung besonderer Regeln

Werden gemäss diesem Übereinkommen von allen oder einigen Vertragsregierungen besondere Regeln einvernehmlich aufgestellt, so sind diese dem Generalsekretär der Organisation zur Weiterleitung an alle Vertragsregierungen mitzuteilen.

Art. VIII Änderungen

a) Dieses Übereinkommen kann nach einem der beiden unter den nachstehenden Buchstaben vorgesehenen Verfahren geändert werden.

b) Änderungen nach Prüfung durch die Organisation:

- i) Jede von einer Vertragsregierung vorgeschlagene Änderung wird dem Generalsekretär der Organisation vorgelegt, der sie spätestens sechs Monate vor der Prüfung an alle Mitglieder der Organisation und alle Vertragsregierungen weiterleitet.
- ii) Jede nach Ziffer i vorgeschlagene und weitergeleitete Änderung wird dem Schiffssicherheitsausschuss der Organisation zur Prüfung vorgelegt.
- iii) Alle Vertragsregierungen, gleich ob ihre Staaten Mitglieder der Organisation sind oder nicht, sind berechtigt, an den Beratungen des Schiffssicherheitsausschusses zur Prüfung von Änderungen und zur Beschlussfassung darüber teilzunehmen.
- iv) Änderungen werden mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsregierungen in dem nach Ziffer iii erweiterten Schiffssicherheitsausschuss (im folgenden als «erweiterter Schiffssicherheitsausschuss» bezeichnet) beschlossen, sofern bei der Abstimmung mindestens ein Drittel der Vertragsregierungen anwesend ist.
- v) Nach Ziffer iv beschlossene Änderungen werden vom Generalsekretär der Organisation allen Vertragsregierungen zur Annahme übermittelt.

- vi) 1. Eine Änderung eines Artikels des Übereinkommens oder des Kapitels I des Anhangs gilt als an dem Tag angenommen, an dem sie von zwei Dritteln der Vertragsregierungen angenommen worden ist.
- 2. Eine Änderung des Anhangs, ausgenommen das Kapitel I, gilt als angenommen
 - aa) mit Ablauf von zwei Jahren nach dem Tag, an dem sie den Vertragsregierungen zur Annahme übermittelt worden ist, oder
 - bb) mit Ablauf einer anderen Frist, die mindestens ein Jahr betragen muss, wenn dies im Zeitpunkt der Beschlussfassung mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsregierungen im erweiterten Schiffssicherheitsausschuss bestimmt worden ist.

Notifizieren jedoch innerhalb der festgesetzten Frist entweder mehr als ein Drittel der Vertragsregierungen oder der Vertragsregierungen, deren Handelsflotten insgesamt mindestens fünfzig Prozent der Bruttotonnage der Welthandelsflotte ausmachen, dem Generalsekretär der Organisation, dass sie Einspruch gegen die Änderung erheben, so gilt sie als nicht angenommen.

- vii) 1. Eine Änderung eines Artikels des Übereinkommens oder des Kapitels I des Anhangs tritt für diejenigen Vertragsregierungen, die sie angenommen haben, sechs Monate nach dem Tag in Kraft, an dem sie als angenommen gilt, und für jede Vertragsregierung, die sie nach diesem Tag annimmt, sechs Monate nach dem Tag der Annahme durch diese Vertragsregierung.
- 2. Eine Änderung des Anhangs, ausgenommen das Kapitel I, tritt für alle Vertragsregierungen ausser für diejenigen, die nach Ziffer vi Nummer 2 Einspruch dagegen erhoben und diesen Einspruch nicht zurückgenommen haben, sechs Monate nach dem Tag in Kraft, an dem sie als angenommen gilt. Jede Vertragspartei kann jedoch vor dem festgesetzten Tag des Inkrafttretens dem Generalsekretär der Organisation notifizieren, dass sie die Änderung während einer Frist von höchstens einem Jahr nach ihrem Inkrafttreten oder während einer längeren Frist, wenn die Zweidrittelmehrheit der im erweiterten Schiffssicherheitsausschuss bei der Beschlussfassung über die Änderung anwesenden und abstimmenden Vertragsregierungen so beschliesst, nicht anwenden wird.

c) Änderung durch eine Konferenz:

- i) Auf Antrag einer Vertragsregierung, der von mindestens einem Drittel der Vertragsregierungen unterstützt sein muss, beruft die Organisation eine Konferenz der Vertragsregierungen zur Prüfung von Änderungen dieses Übereinkommens ein.
- ii) Jede von einer solchen Konferenz mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsregierungen beschlossene Änderung wird vom Generalsekretär der Organisation allen Vertragsregierungen zur Annahme übermittelt.

- iii) Sofern die Konferenz nichts anderes beschliesst, gilt die Änderung nach dem Verfahren des Buchstabens b Ziffer vi als angenommen und tritt nach dem Verfahren des Buchstabens b Ziffer vii in Kraft, wobei jeder Hinweis auf den erweiterten Schiffssicherheitsausschuss unter diesen Ziffern als Hinweis auf die Konferenz gilt.
- d) i) Eine Vertragsregierung, die eine in Kraft getretene Änderung des Anhangs angenommen hat, ist nicht verpflichtet, die Vergünstigung dieses Übereinkommens für Zeugnisse zu gewähren, die einem Schiff ausgestellt worden sind, das die Flagge eines Staates zu führen berechtigt ist, dessen Regierung nach Buchstabe b Ziffer vi Nummer 2 Einspruch gegen die Änderung erhoben und diesen Einspruch nicht zurückgenommen hat, jedoch nur soweit sich diese Zeugnisse auf Angelegenheiten beziehen, die Gegenstand der betreffenden Änderung sind.
 - ii) Eine Vertragsregierung, die eine in Kraft getretene Änderung des Anhangs angenommen hat, muss die Vergünstigung dieses Übereinkommens für Zeugnisse gewähren, die einem Schiff ausgestellt worden sind, das die Flagge eines Staates zu führen berechtigt ist, dessen Regierung nach Buchstabe b Ziffer vii Nummer 2 dem Generalsekretär der Organisation notifiziert hat, dass sie die Änderung nicht anwenden wird.
- e) Sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vorgesehen ist, gilt jede Änderung dieses Übereinkommens, die aufgrund dieses Artikels vorgenommen worden ist und sich auf die Bauart eines Schiffes bezieht, nur für Schiffe, die an oder nach dem Tag des Inkrafttretens der Änderung auf Kiel gelegt werden oder die sich zu dieser Zeit in einem entsprechenden Bauzustand befinden.
- f) Jede Annahmeerklärung, jeder Einspruch betreffend eine Änderung und jede Notifikation nach Buchstabe b Ziffer vii Nummer 2 muss dem Generalsekretär der Organisation schriftlich mitgeteilt werden; dieser unterrichtet alle Vertragsregierungen von dieser Mitteilung und vom Tag ihres Eingangs.
- g) Der Generalsekretär der Organisation unterrichtet alle Vertragsregierungen von jeder aufgrund dieses Artikels in Kraft tretenden Änderung sowie vom Tag ihres Inkrafttretens.

Art. IX Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung und Beitritt

- a) Dieses Übereinkommen liegt vom 1. November 1974 bis zum 1. Juli 1975 am Sitz der Organisation zur Unterzeichnung und danach zum Beitritt auf. Staaten können Vertragsparteien dieses Übereinkommens werden,
 - i) indem sie es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen;
 - ii) indem sie es vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen und später ratifizieren, annehmen oder genehmigen oder
 - iii) indem sie ihm beitreten.
- b) Die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer entsprechenden Urkunde beim Generalsekretär der Organisation.

c) Der Generalsekretär der Organisation unterrichtet die Regierungen aller Staaten, die dieses Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, von jeder Unterzeichnung oder von jeder Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde und vom Tag dieser Hinterlegung.

Art. X Inkrafttreten

a) Dieses Übereinkommen tritt zwölf Monate nach dem Tag in Kraft, an dem mindestens fünfundzwanzig Staaten, deren Handelsflotten insgesamt mindestens fünfzig Prozent der Bruttotonnage der Welthandelsflotte ausmachen, nach Artikel IX Vertragsparteien geworden sind.

b) Jede nach dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens hinterlegte Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde wird drei Monate nach dem Tag ihrer Hinterlegung wirksam.

c) Jede Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde, die nach dem Tag hinterlegt wird, an dem eine Änderung dieses Übereinkommens nach Artikel VIII als angenommen gilt, findet auf das Übereinkommen in seiner geänderten Fassung Anwendung.

Art. XI Kündigung

a) Jede Vertragsregierung kann dieses Übereinkommen nach Ablauf von fünf Jahren, nachdem es für sie in Kraft getreten ist, jederzeit kündigen.

b) Die Kündigung erfolgt durch Hinterlegung einer Kündigungsurkunde beim Generalsekretär der Organisation; dieser notifiziert allen anderen Vertragsregierungen den Eingang jeder Kündigungsurkunde, den Tag ihres Eingangs und den Tag, an dem die Kündigung wirksam wird.

c) Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Tag, an dem die Kündigungsurkunde dem Generalsekretär der Organisation zugegangen ist, oder nach Ablauf einer längeren in der Urkunde bezeichneten Frist wirksam.

Art. XII Hinterlegung und Registrierung

a) Dieses Übereinkommen wird beim Generalsekretär der Organisation hinterlegt; dieser übermittelt den Regierungen aller Staaten, die das Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, beglaubigte Abschriften.

b) Sobald dieses Übereinkommen in Kraft tritt, übermittelt der Generalsekretär der Organisation dem Generalsekretär der Vereinten Nationen den Wortlaut zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen⁴.

Art. XIII Sprachen

Dieses Übereinkommen ist in einer Urschrift in chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut glei-

⁴ SR 0.120

chermassen verbindlich ist. Amtliche Übersetzungen in arabischer, deutscher und italienischer Sprache werden angefertigt und mit der unterzeichneten Urschrift hinterlegt.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu London am 1. November 1974

(Es folgen die Unterschriften)

Geltungsbereich am 20. März 2019⁵

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N) Unterzeichnet ohne Ratifikationsvorbe- halt (U)	Inkrafttreten
Ägypten	4. September 1981	4. Dezember 1981
Albanien	7. Juni 2004 B	7. September 2004
Algerien	3. November 1983 B	3. Februar 1984
Angola	3. Oktober 1991 B	3. Januar 1992
Antigua und Barbuda	9. Februar 1987 B	9. Mai 1987
Äquatorialguinea	24. April 1996 B	24. Juli 1996
Argentinien	5. Dezember 1979	25. Mai 1980
Aserbaidshjan	1. Juli 1997 B	1. Oktober 1997
Äthiopien	18. Juli 1985 B	18. Oktober 1985
Australien	17. August 1983 B	17. November 1983
Bahamas	16. Februar 1979 B	25. Mai 1980
Bahrain	21. Oktober 1985 B	21. Januar 1986
Bangladesch	6. November 1981 B	6. Februar 1982
Barbados	1. September 1982 B	1. Dezember 1982
Belarus	7. Januar 1994 B	7. April 1994
Belgien	24. September 1979	25. Mai 1980
Belize	2. April 1991 B	2. Juli 1991
Benin	1. November 1985 B	1. Februar 1986
Bolivien	4. Juni 1999 B	4. September 1999
Brasilien	22. Mai 1980 B	25. Mai 1980
Brunei	23. Oktober 1986 B	23. Januar 1987
Bulgarien	2. November 1983	2. Februar 1984
Chile	28. März 1980	25. Mai 1980
China	7. Januar 1980	25. Mai 1980
Hongkong ^a	5. Juni 1997	1. Juli 1997
Macau ^b	10. Dezember 1999	20. Dezember 1999
Cook-Inseln	30. Juni 2003 B	30. September 2003
Costa Rica	6. Juni 2011 B	6. September 2011
Côte d'Ivoire	5. Oktober 1987 B	5. Januar 1988
Dänemark	8. März 1978	25. Mai 1980
Deutschland	26. März 1979	25. Mai 1980
Dominica	21. Juni 2000 B	21. September 2000
Dominikanische Republik	10. April 1980 B	25. Mai 1980
Dschibuti	1. März 1984 B	1. Juni 1984
Ecuador	28. Mai 1982 B	28. August 1982
Eritrea	22. April 1996 B	22. Juli 1996

⁵ AS 1982 128 1562, 1984 255, 1985 231, 1986 871, 1987 1153, 1989 841, 1990 1869, 1997 463, 2005 1313, 2012 5791, 2019 1073. Eine aktualisierte Fassung des Geltungsbereiches findet sich auf der Internetseite des EDA (www.eda.admin.ch/vertraege).

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N) Unterschiedet ohne Ratifikationsvorbe- halt (U)	Inkrafttreten
Estland	16. Dezember 1991 B	16. März 1992
Fidschi	4. März 1983 B	4. Juni 1983
Finnland	21. November 1980 B	21. Februar 1981
Frankreich*	25. Mai 1977	25. Mai 1980
Gabun	21. Januar 1982 B	21. April 1982
Gambia	1. November 1991 B	1. Februar 1992
Georgien	19. April 1994 B	19. Juli 1994
Ghana	19. Mai 1983	19. August 1983
Grenada	28. Juni 2004	28. September 2004
Griechenland	12. Mai 1980	25. Mai 1980
Guatemala	20. Oktober 1982 B	20. Januar 1983
Guinea	19. Januar 1981 B	19. April 1981
Guinea-Bissau	24. Oktober 2016 B	24. Januar 2017
Guyana	10. Dezember 1997 B	10. März 1998
Haiti	6. April 1989 B	6. Juli 1989
Honduras	24. September 1985 B	24. Dezember 1985
Indien	16. Juni 1976 B	25. Mai 1980
Indonesien	17. Februar 1981	17. Mai 1981
Irak	14. Dezember 1990 B	14. März 1991
Iran	17. Oktober 1994	17. Januar 1995
Irland	29. November 1983 B	29. Februar 1984
Island	6. Juli 1983	6. Oktober 1983
Israel	15. Mai 1979	25. Mai 1980
Italien	11. Juni 1980 B	11. September 1980
Jamaika	14. Oktober 1983 B	14. Januar 1984
Japan	15. Mai 1980 B	25. Mai 1980
Jemen	6. März 1979 B	25. Mai 1980
Jordanien	7. August 1985 B	7. November 1985
Kambodscha	28. November 1994 B	28. Februar 1995
Kamerun	14. Mai 1984 B	14. August 1984
Kanada	8. Mai 1978 B	25. Mai 1980
Kap Verde	28. April 1977 B	25. Mai 1980
Kasachstan	7. März 1994 B	7. Juni 1994
Katar	22. Dezember 1980 B	22. März 1981
Kenia	21. Juli 1999 B	21. Oktober 1999
Kiribati	5. Februar 2007 B	5. Mai 2007
Kolumbien	31. Oktober 1980 B	31. Januar 1981
Komoren	22. November 2000 B	22. Februar 2001
Kongo (Brazzaville)	10. September 1985	10. Dezember 1985
Kongo (Kinshasa)	17. Dezember 2004 B	17. März 2005
Korea (Nord-)	1. Mai 1985 B	1. August 1985
Korea (Süd-)	31. Dezember 1980	31. März 1981

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N) Unterzeichnet ohne Ratifikationsvorbe- halt (U)	Inkrafttreten
Kroatien	27. Juli 1992 N	8. Oktober 1991
Kuba	19. Juni 1992 B	19. September 1992
Kuwait	29. Juni 1979 B	25. Mai 1980
Lettland	20. Mai 1992 B	20. August 1992
Libanon	29. November 1983 B	29. Februar 1984
Liberia	14. November 1977	25. Mai 1980
Libyen	2. Juli 1981 B	2. Oktober 1981
Litauen	4. Dezember 1991 B	4. März 1992
Luxemburg	14. Februar 1991 B	14. Mai 1991
Madagaskar	7. März 1996 B	7. Juni 1996
Malawi	9. März 1993 B	9. Juni 1993
Malaysia	19. Oktober 1983 B	19. Januar 1984
Malediven	14. Januar 1981 B	14. April 1981
Malta	8. August 1986 B	8. November 1986
Marokko	28. Juni 1990 B	28. September 1990
Marshallinseln	26. April 1988 B	26. Juli 1988
Mauretanien	24. November 1997 B	24. Februar 1998
Mauritius	1. Februar 1988 B	1. Mai 1988
Mexiko	28. März 1977	25. Mai 1980
Moldau	11. Oktober 2005 B	11. Januar 2006
Monaco	1. November 1974 U	25. Mai 1980
Mongolei	26. Juni 2002 B	26. September 2002
Montenegro	10. Februar 2009 N	3. Juni 2006
Mosambik	23. Dezember 1996 B	23. März 1997
Myanmar	11. November 1987 B	11. Februar 1988
Namibia	27. November 2000 B	27. Februar 2001
Nauru	18. Juni 2018 B	18. September 2018
Neuseeland ^c	23. Februar 1990 B	23. Mai 1990
Nicaragua	17. Dezember 2004 B	17. März 2005
Niederlande ^d	10. Juli 1978 B	25. Mai 1980
Aruba	24. Dezember 1995	1. Januar 1986
Curaçao	10. Juli 1978	25. Mai 1980
Karibische Gebiete (Bonaire, Sint Eustatius und Saba)	10. Juli 1978	25. Mai 1980
Sint Maarten	10. Juli 1978	25. Mai 1980
Nigeria	7. Mai 1981 B	7. August 1981
Niue	27. Juni 2012 B	27. September 2012
Norwegen	15. Februar 1977	25. Mai 1980
Oman	25. April 1985 B	25. Juli 1985
Österreich	27. Mai 1988 B	27. August 1988
Pakistan	10. April 1985 B	10. Juli 1985
Palau	29. September 2011	29. Dezember 2011

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N) Unterschiedet ohne Ratifikationsvorbe- halt (U)	Inkrafttreten
Panama	9. März 1978 B	25. Mai 1980
Papua-Neuguinea	12. November 1980 B	12. Februar 1981
Paraguay	15. Juni 2004 B	15. September 2004
Peru	4. Dezember 1979 B	25. Mai 1980
Philippinen	15. Dezember 1981 B	15. März 1982
Polen	15. März 1984	15. Juni 1984
Portugal	7. November 1983	7. Februar 1984
Rumänien	24. Mai 1979 B	25. Mai 1980
Russland	9. Januar 1980	25. Mai 1980
Salomoninseln	30. Juni 2004 B	30. September 2004
Samoa	14. März 1997 B	14. Juni 1997
São Tomé und Príncipe	29. Oktober 1998 B	29. Januar 1999
Saudi-Arabien	24. April 1985 B	24. Juli 1985
Schweden	7. Juli 1978	25. Mai 1980
Schweiz	1. Oktober 1981	1. Januar 1982
Senegal	16. Januar 1997 B	16. April 1997
Serbien	11. Juni 1979 N	25. Mai 1980
Seychellen	10. Mai 1988 B	10. August 1988
Sierra Leone	13. August 1993 B	13. November 1993
Singapur	16. März 1981 B	16. Juni 1981
Slowakei	30. Januar 1995 N	1. Januar 1993
Slowenien	12. November 1992 N	25. Juni 1991
Spanien	5. September 1978	25. Mai 1980
Sri Lanka	30. August 1983 B	30. November 1983
St. Kitts und Nevis	11. Juni 2004 B	11. September 2004
St. Lucia	20. Mai 2004 B	20. August 2004
St. Vincent und die Grenadinen	28. Oktober 1983 B	28. Januar 1984
Sudan	15. Mai 1990 B	15. August 1990
Südafrika	23. Mai 1980 B	25. Mai 1980
Suriname	4. November 1988 B	4. Februar 1989
Syrien	20. Juli 2001 B	20. Oktober 2001
Tansania	28. März 2001 B	28. Juni 2001
Thailand	18. Dezember 1984 B	18. März 1985
Togo	19. Juli 1989 B	19. Oktober 1989
Tonga	12. April 1977 B	25. Mai 1980
Trinidad und Tobago	15. Februar 1979 B	25. Mai 1980
Tschechische Republik	19. Oktober 1993 N	1. Januar 1993
Tunesien	6. August 1980 B	6. November 1980
Tuvalu	22. August 1985 B	22. November 1985
Türkei	31. Juli 1980 B	31. Oktober 1980
Turkmenistan	4. Februar 2009 B	4. Mai 2009
Ukraine	1. November 1974 U	25. Mai 1980

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N) Unterzeichnet ohne Ratifikationsvorbe- halt (U)	Inkrafttreten
Ungarn	9. Januar 1980	25. Mai 1980
Uruguay	30. April 1979 B	25. Mai 1980
Vanuatu	28. Juli 1982 B	28. Oktober 1982
Venezuela	29. März 1983	29. Juni 1983
Vereinigte Arabische Emirate	15. Dezember 1983 B	15. März 1984
Vereinigte Staaten	7. September 1978	25. Mai 1980
Vereinigtes Königreich	7. Oktober 1977	25. Mai 1980
Alderney	19. Mai 2004	19. Mai 2004
Anguilla	19. Mai 2004	19. Mai 2004
Bermudas	8. Juni 1988	23. Juni 1988
Britische Jungferninseln	10. Juni 2004	10. Juni 2004
Falklandinseln	30. Januar 2004	30. Januar 2004
Gibraltar	1. November 1988	1. Dezember 1988
Guernsey	30. Januar 2004	30. Januar 2004
Insel Man	9. April 1985	1. Juli 1985
Jersey	30. Januar 2004	30. Januar 2004
Kaimaninseln	9. Mai 1988	23. Juni 1988
Montserrat	19. Mai 2004	19. Mai 2004
St. Helena	10. Juni 2004	10. Juni 2004
Turks- und Caicosinseln	7. Juli 2004	7. Juli 2004
Vietnam	18. Dezember 1990 B	18. März 1991
Zypern	11. Oktober 1985 B	11. Januar 1986

* Vorbehalte und Erklärungen.

Die Vorbehalte und Erklärungen werden in der AS nicht veröffentlicht. Die französischen und englischen Texte können auf der Internetseite der Internationale Seeschifffahrts-Organisation (IMO), www.imo.org > fr > Qui nous sommes > Conventions > Liste des conventions eingesehen oder bei der Direktion für Völkerrecht, Sektion Staatsverträge, 3003 Bern bezogen werden.

- a Vom 25. Mai 1980 bis zum 30. Juni 1997 war das Übereink. auf Grund einer Ausdehnungserklärung des Vereinigten Königreichs in Hongkong anwendbar. Seit dem 1. Juli 1997 bildet Hongkong eine Besondere Verwaltungsregion (SAR) der Volksrepublik China. Auf Grund der chinesischen Erklärung vom 5. Juni 1997 ist das Übereink. seit dem 1. Juli 1997 auch in der SAR Hongkong anwendbar.
- b Vom 24. Aug. 1999 bis zum 19. Dez. 1999 war das Übereink. auf Grund einer Ausdehnungserklärung Portugals in Macau anwendbar. Seit dem 20. Dez. 1999 bildet Macau eine Besondere Verwaltungsregion (SAR) der Volksrepublik China. Auf Grund der chinesischen Erklärung vom 10. Dez. 1999 ist das Übereink. seit dem 20. Dez. 1999 auch in der SAR Macau anwendbar.
- c Das Übereinkommen gilt nicht für Tokelau.
- d Für das Königreich in Europa.